

Unter Bezugnahme  
auf die Gewerkschaften  
wurde der Betrieb durch  
die Partei befreit. —  
Gesetzgeberschaft in die Partei  
eingezogen ist die Partei  
mitgliedschaft Nr. 6482.

Unter Bezugnahme  
auf die Gewerkschaften  
wurde der Betrieb durch  
die Partei befreit. —  
Gesetzgeberschaft in die Partei  
eingezogen ist die Partei  
mitgliedschaft Nr. 6482.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Grem.  
Druck von C. A. H. Meister & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Hall, Hannover.  
Redaktionsstelle: Berlin, Morgenpost 3 Uhr.

Siebzehnter und Zwanzigster:  
Hannover, Mittelstraße 1, A 6 — Druckerei: Grem 1921.

### Die zweite Sitzung des Verbandsbeirats

begann am 4. und 5. April im Gewerkschaftshause zu Hannover

zur Erledigung folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Erhöhung der Unterstützungen, besonders für Streik und Maßregelungen. Erhöhung der Beiträge?
3. Erhöhung der Unterstützungssätze der Unfallkasse.
4. Anträge zum Gehaltsregulativ.
5. Allgemeine Verbandsangelegenheiten.

An der Konferenz nahmen teil 35 Beiratsmitglieder, 16 Gauleiter, 3 Ausschusmitglieder, 9 Vorstandsmitglieder, 8 Branchenleiter und 2 Vertreter des statistischen Bureaus.

Kollege Breh betont in seiner Einleitung: Erfolg oder Misserfolg der Organisation hängen in erster Linie mit ab von der Wirtschaftslage. Die bestehende internationale Krise erschafft möglicherweise für Deutschland eine Verschärfung durch die Londoner Verhandlungen. Die "Sanktionen" mit dem fünfzigprozentigen Ausfuhrzoll bedeuten für das ganze Erwerbsleben eine Unsicherheit sondergleichen, deren gefährlichste Folge Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen sein wird.

Unsere Organisation selbst intakt zu halten, ist bis jetzt gelungen. Soll es weiter gelingen, so müssen parteipolitische Betätigungen aus dem Verband ferngehalten werden. Es ist ungültig, daß Zahnstellen, entgegen dem § 23 Abs. 10 des Statuts, Verbandsgelder zur Finanzierung von Parteiblättern hergeben. In letzter Zeit wurden insbesondere kommunistische Blätter finanziert. Es geht auch nicht an, Ortsverwaltungsmitglieder oder Geschäftsleitungen zu befehligen, weil diese nicht auf den Befehl der dritten Internationale stehen. Ein solcher Fall hat sich in Halle ereignet. Unter solchen Umständen zu stande gekommene neue Verwaltungen kann der Vorstand nicht bestätigen. Eine Einladung des Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände zur Tagung am 1. Mai in Moskau hat der Vorstand ablehnend beantwortet. Breh geht dann auf die Vorgänge in Bremen ein und weist nach, daß der Vorstand so gehandelt hat, wie er handeln mußte. Die dortige Geschäftsleitung ist an den bedauerlichen Vorgängen mit schuld. Er streift dann kurz die neu geschaffenen Einrichtungen zur geistigen Weiterbildung von Gewerkschaftsvertretern auf der Universität Mainz und auf der Arbeiterakademie Frankfurt a. M. Der Vorstand hat sich grundsätzlich für die Beschichtung durch geeignete, bildungsfähige Mitglieder unserer Organisation ausgeprochen.

In der Diskussion kommt eine einheitliche Auffassung in den Hauptzügen zum Ausdruck. Lamprecht (Düsseldorf) fordert für den Vorstand weitergehende Befugnisse, um in Fällen wie in Leverkusen unjährige Beute bezeugen zu können. Er bedauert, daß unsere Tarifvereinbarungen so wenig Einheitlichkeit aufweisen. Die sozialen Zugaben müssen bei der Steuerabrechnung in Abrechnung gebracht werden können. — Lemppel (Berlin) hält die Ausweitung im "Proletarier" zur Gegenseitigkeitsbildung für sinnvoll. — Breh (Hannover) schlägt die Vorgänge in Bremen kritisch und erklärt, daß die dortige Leitung die Situation völlig verschärft habe. — Neumann (Berlin) vertritt die sozialen Zugaben und verzerrt mit scharzen Worten die nur gegen die Arbeiterschaft eingetretene Ausnahmeverordnung. — Eichholz (Frankfurt a. M.) stellt die Frage, wie wir uns als Organisation zu einem evtl. einzugehenden Sozialabbau stellen wollen. Er gewaubt, mit den sozialen Zugaben wird ein Weit zwischen sie leitigen und die verheiraten Arbeitnehmer getrieben. — Kühn (Münster): Da der Papierindustrie wie den Arbeitern unter Drohung der Firmeninhaber eingeschüchtert, entweder pro Schicht 12 Stunden und die Woche voll, oder 8 Stunden nur drei Tage in der Woche zu arbeiten.

Hertwig (Kassel) wünscht keine zu scharfen Maßnahmen gegen die kommunistischen Mitglieder, doch sollen jene, die zur Verstärkung der Organisation hinzutreten, ausgeschlossen werden. — Grogmann (Kapellen): Die Bemängelung der Einheitlichkeit unseres Tarifvertrags ist berechtigt. Das Schied an den jungen Abwehrkämpfern liegt aber in der Betriebsfreiheit der für uns zuständigen Industrien, für die Berechnung der Arbeitszeit resp. der Überstunden ist die tägliche achtstündige Arbeitszeit maßgebend und nicht die 48-Stunden-Woche. Diese Standpunkte haben wir stets vertreten. Soziale Zugaben haben wir nach dem Kriege nach Möglichkeit abgebaut. Bezüglich des Lohnabbaus steht der Vorstand mit den Mitgliedern in der Abrechnung. — Püll (Kapellen): Der "Proletarier" hat nicht zur Bildung der Sozialzellen aufgerufen, sondern zur Arbeit der kommunistischen Berührungsarbeit, wo die Notwendigkeit vorliegt. Die kommunistischen "Zuhörer" sind durch praktische Arbeit zur Verantwortlichkeit nicht zu erziehen. Ihre politische Arbeit im Sinne des Klassenkampfes wird in Bremen, in Mitteleuropa usw. — Bruns (Arbeitsgemeinschaft Chemie): Ein Vorschlag in nächster Zeit ist nicht sehr wahrscheinlich. Wir haben auf verschiedenen Gebieten noch mit Preisverhandlungen zu rechnen. In den Betriebsräten müssen unsere Kollegen mehr aktiv auftreten und nicht die Vertretung anderer Berufsangehörigen überlassen. Beider Befreiungen die Arbeitnehmer seien jetzt auf den kommunistischen Tag dadurch, daß sie an fünf Tagen länger arbeiten, um den Sonntagnachmittag zu belohnen. — Schüller (Papierindustrie): Manche Unternehmer fragen bei der Einführung von Arbeitern heute schon, wieviel Kinder sie haben. Ich weide die sozialen Zugaben bekämpfen. — Hertwig (Kapellen) erörtert die Vorgänge bei der Wahl des Reichstagsforschers im St. Grund. Die Ausichtserweiterung ist nur in kommunistischen und unabhängigen Beziehungen erzielt. Der Gewerkschaft war auch nicht Mitglied unseres Verbandes. Der Vorstand hat die Befreiung vertragt. Die Kündigung des Gejagten führt in Halle zu aus politischen Motiven erfolgt. Das kann der Vorstand nicht zu lassen. — Kühn (Münster): Mitglieder resp. Leitungen, die sich nicht auf das Verbandsamt berufen, gehören nicht mehr zum Verband. Wer die Organisation praktisch aufzubauen, darf ausgeschlossen werden. Bielefelder standen durch Verhandlungen ihre Lage verbessern zu können. Wirten von Bremens zeigen, dass wendet sich ihr fast ausschließlich gegen uns. — Reimann (Berlin): Die Parteien im Verbande darf nicht kein SPd, USPD oder KPD, sondern Kommunisten oder Rote. — Lampert (Greifswald): Die Rückung Rotes hat noch nicht den

Beweis erbracht, daß sie für die Arbeiterschaft nützlicher wirken kann als die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form. — Breh geht auf verschiedene, in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein. Zum Fälle Leverkusen erklärt er, Specht habe finanzielle Transaktionen vorgenommen, die nicht zu billigen sind. Die Disziplinärbehörde hatte ihm dieses Interesse entgegengestellt, sie legt ihn aber erneut ein, sogar als Kassierer. Wir haben uns für die Kürpereigener Mitgliedschaft geschämt. Durch die letzten Vorgänge in Wiesbaden ist dem Verband ein schwerer Schlag verzeigt worden. Aus der Debatte hat sich ergeben, daß der Betrieb das Verhalten des Vorstandes im Falle Wiesbaden billigt. Breh stellt ferner fest, daß der Vertrag die Vereinigung von Lokalmitteln zur Erhaltung kommunistischer oder anderer Presseunternehmungen gestützt, die auf Punkte der Zahnlinien als Mindestmaß der Abnahme gegen kommunistische Zeitungen anstrebt. (In den mit der Zahnlinie Halle vereinbarten acht Punkten werden in der Hauptstrophe Status und Verbandszugehörigkeit anerkannt.) Die acht Punkte kommen im Protokoll der 2. Beiratssitzung zum Abschluß. Die Redaktion-Ablöser (Lamprecht) referiert hierauf über Wahl und Zusammensetzung der Betriebsräte. Die Zahnlinienleistungen dürfen die Gewerkschaften nicht einfach den alten Betriebsräten überlassen. In die Betriebsräte müssen erfahrene Gewerkschafter treten. Obgleich sollen nur ältere Mitglieder sein. Wir müssen davon gehen, die Betriebsräte überall zusammenzufassen nach den Vorschlägen der Betriebsrätezentrale des ADGB.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung referiert Thiemig. Nach eingehender Diskussion wird beschlossen: Für erwachsene männliche Mitglieder wird eine besondere Beitragssklasse mit einem Wochenbeitrag von 3 Mark geschaffen. Auf Beschluss der Zahnlinie kann dieser Beitrag für die ganze Zahnlinie, auf Beschluss einer Zahnlinienleiterkonferenz für den ganzen Bau als ordentlicher Verbandsbeitrag eingeführt werden. Auch einzelne Mitglieder können den erhöhten Beitrag leisten. Die Mitglieder der besonderen Beitragssklasse erhalten in Unterstützungsfällen die für die erste (2,50 Mt.) Beitragssklasse festgesetzten Sätze bei Erwerbslosigkeit, bei Umzügen, bei Todesfall und eine erhöhte Streikunterstützung. Diese beträgt nach einer Mitgliedsdauer und Beitragssleistung

von 13 bis 26 Wochen . . . . . 56 Mt. pro Woche,  
von 26 bis 52 Wochen . . . . . 80 Mt. pro Woche,  
über 52 Wochen . . . . . 104 Mt. pro Woche.

Der Kinderzuschuß bleibt wie bisher.

Wo am 1. Juli 1921 der erhöhte Beitrag eingeführt wird, treten mit dem gleichen Tage die erhöhten Unterstützungssätze in Kraft. Wo dagegen der erhöhte Beitrag erst nach dem 1. Juli zur Einführung gebracht wird, bedarf es zur Erlangung der erhöhten Unterstützungssätze einer 13-monatigen Wartezeit.

Punkt 3 und 4 erfahren eine Umstellung. Der Beirat beschließt die Neuregelung der Diäten- und der Gehaltszölle. Beschllossen wird auch die Verdopplung der Beitragss- und Unterstützungssätze zur Unfallunterstützungskasse der Verbandsfunktionäre. Die Beiträge sind vierteljährlich zu entrichten. Diese Beschlüsse gelten ab 1. April 1921.

Maiert (Nürnberg) unterbreitet einen Antrag auf Einführung einer Unterstützungskasse für invalide Angestellte rezipidierender Hinterbliebenen. Die Angestellten haben in diese Kasse 3 Prozent ihres Gehaltes zu zahlen. Eine Kommission soll den Entwurf durchberaten und den Interessenten so gütig unterbreiten, daß eine Stellungnahme zum nächsten Verbandstag möglich ist. Der Beirat beschließt entsprechend und wählt in die Kommission die Kollegen Brehmann (Kassel), Hertwig (Köln), Maiert (Nürnberg), Reimann (Berlin), Niemann (Hannover) und Thiemig (Hannover).

In seinem Schlusswort sah Kollege Breh die Arbeiten der Beiratssitzung noch einmal zusammen und wünscht, der Beirat könnte bei seiner nächsten Tagung feststellen, daß sich die Wirtschaftslage günstiger gestaltet habe als wir es befürchtet haben.

### Der britische Gildensozialismus.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der britischen Arbeiterschaft trotz der Erfolge, welche auf politischem Gebiete erzielt wurden, führte kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges zum Aufkommen der gildensozialistischen Bewegung, die in den folgenden Jahren rasch erstaute und heute bereits, namentlich in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, eine große Zahl von Anhängern hat. Die Gildensozialisten wollen das Kapitalismus beseitigen, aber nicht an die Stelle des privaten Kapitalismus den Staat und seine Unterorganisationen setzen, sondern die Führung der Wirtschaftsverbände übertragen, deren leitende Personen von den interessierten Kreisen der Bevölkerung unmittelbar zu bestimmen wären. Damit hoffen die Gildensozialisten das Ziel zu erreichen, daß der Arbeiterschaft seit langem vorliegt, nämlich wirtschaftliche Demokratie, wogegen sie befürchten, daß der Staat und Gemeindebetrieb die wirtschaftliche Macht in die Hände einer Bürokratie legen würde, auf welche die Bevölkerung — auch bei durchaus demokratischem Wahlrecht — praktisch sehr wenig Einfluss haben würde. Überträgt man die Wirtschaftsführung dem Staat, jagen die Gildensozialisten, so überlässt man ihn mit vielerlei Aufgaben, deren Ausführung die gewöhnlichen Volksvertreter nicht zu lenken und zu überwachen imstande sind, weil man bei ihnen unmöglich die Fähigkeiten und Fähigkeiten voraussetzen kann, die dazu notwendig wären.

Was ist die Folge, daß sie in weitaus den meisten Fällen die Bürokraten gewählt haben müssen, welche die Verwaltungsbürokraten zur Leitung der Wirtschaft berufen haben. Auch ist es ausgeschlossen, daß der Wähler, der einen Vertreter in eine Körperschaft mit vielseitigen Aufgaben gewählt hat, selbst entscheiden kann, welcher von den zur Wahl stehenden Bewerbern die besten Eignung besitzt, in jener Körperschaft zu wirken; seine Entscheidung wird vielmehr durch die Werbetechniken der Parteien bestimmt werden, in der allgemein Schlagworte die größte Rolle spielen.

Der eifrigste der geistigen Führer des Gildensozialismus, G. D. H. Cole, schreibt in seinem kürzlich erschienenen Buch "Social Theory" unter anderem: "Aus der Unzulänglichkeit der gegenwärtigen parlamentarischen Regierungsmethoden gibt es nur einen Ausweg, und der besteht darin, einen Zweckverband für jedes einzelne Gebiet gesellschaftlicher Tätigkeit — eine ihm entsprechende Art der Vertretung der Beteiligten zu schaffen." Wenn die wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, meint Cole, Sachen von Zweckverbänden sind, so fallen die Mängel des Vertretersystems (der repräsentativen Demokratie) fort, weil die Vertreter, welchen die Verbände ausführende Gewalt geben, Sachverständige sein werden, weil sie von den Angehörigen dieser Verbände ohne Schwierigkeit beraten und konsultiert sowie auch freisprachlich beraten werden können, denn das Nutzverfügungsrecht muß als letzte Sicherung gegeben sein.

Die wichtigsten Arten der Zweckverbände sind die politischen und wirtschaftlichen (wozu noch solche für soziale Fürsorge, für Erziehung, für wissenschaftliche und religiöse Zwecke usw. kommen). Die politischen Verbände sollen auch in der von den Gildensozialisten erstrebten Ordnung der Staat und seine Unterorganisationen sein, die auf einer Gebietsgrundlage beruhen; ihre Vertretungskörperhaftungen wären von der Gemeinschaftsförderung des betreffenden Gebietes durch allgemeine Wahlen zu bilden. Für die Erledigung wirtschaftlicher Aufgaben aber sollen besondere Zweckverbände eingerichtet werden, Gilde oder Gewerkschaften, deren Leitung von den Personen gewählt wird, die in den betreffenden Wirtschaftszweigen tätig sind. In dem Punkte kommen sich also die Auffassungen der Gildensozialisten und der Syndikalisten sehr nahe. Doch betonen die ersten, daß sie keineswegs beabsichtigen, den Arbeitern eines jeden Betriebes, aber auch den Berufstätigen innerhalb eines ganzen Wirtschaftszweiges, völlige Entschlafreiheit darüber zu lassen, welche Güter sie erzeugen oder welche Dienste sie leisten wollen, oder auch wie lange die Arbeitszeit sein, wie hoch die Entschädigung für die Leistung bemessen werden soll usw. Die Gemeinschaft wird in der Erledigung dieser Dinge mitreden haben (namenlich durch Körperschaften, welche eine organisatorische Verbindung der einzelnen Zweckverbände herstellen), aber ein gutes Maß von Rechten muss auch den wirtschaftstätigen Personen zufallen.

Zur Einordnung der verschiedenen Zweckverbände in das Gemeinschaftsleben, zur Vermeidung von Konflikten dieser Organisationen untereinander, wird empfohlen, gemeinsame, einvernehmende Körperschaften der Zweckverbände zu bilden, die gewissermaßen als Berufungsinstanzen bei Streitigkeiten zu funktionieren hätten. Dem Staat soll eine solche Gewalt nicht übertragen werden, doch könnten ihm — nach Coles Vorschlag — weitgehende Befugnisse in bezug auf die allgemeine Regelung der Bedarfsdeckung zugestanden werden, nicht etwa die Verteilung bestimmter Bedarfsgüter nach dem Vorbild der Kriegswirtschaft, sondern die Bestimmung der "Verbrauchskosten" (also der Kaufkraft) der Bevölkerung.

Durch die Errichtung von Zweckverbänden zur Leitung der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und anderer Angelegenheiten der Gemeinschaft soll es jedem Angehörigen dieser Gemeinschaft möglich gemacht werden, tatsächlich Einfluß auf alle Angelegenheiten zu gewinnen, die sein Wohl berühren, und zugleich soll er in die Lage kommen, diesen Einfluß so geltend zu machen, wie es seinen Überzeugungen und Ansichten entspricht. Die wichtigsten und nächstliegenden Dinge sind die Gütererzeugung und -verteilung, und demgemäß würde jedes Mitglied der Gemeinschaft einer Erzeuger- und Verbraucherorganisation angehören. Hauptzweck auf diese aktive Teilnahme an der Gestaltung der Erzeugung und des Verbrauchs rütteln die Gildensozialisten ihre Auffassung, daß der Gegensatz von Produzenten- und Verbraucherinteressen in einer nach ihrem Plane organisierten Gemeinschaft kein wesentlicher würde sein können.

Durch die Anteilnahme an Zweckverbänden anderer Art, besonders den durch Staat und Gemeinden dargestellten politischen Organisationen, ist überdies jedem Gemeinschaftsangehörigen die Möglichkeit gegeben, sich auch in der Verfolgung der dem Alltag seiner liegenden Zwecke zu betätigen, überall dort mitzuwirken, wo er es nach Neigung und Überzeugung für angebracht hält.

Zwischen den einzelnen Vertretern des Gedankens des Gildensozialismus besteht Übereinstimmung darin, daß sie den Einfluß des Staates auf die Wirtschaftsführung erheblich einschränken wollen, und daß sie weitgehende Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerung in Dingen der Gütererzeugung und des Güterverbrauchs erstreben. In bezug auf die Einzelheiten der Durchführung des Systems bestehen jedoch weitgehende Meinungsverschiedenheiten. So zum Beispiel denken manche an weitgehende wirtschaftliche Zentralisierung in "nationalen Gilden", während andere der Meinung sind, daß nur bei Dezentralisierung, bei örtlicher wirtschaftlicher Selbstverwaltung, auch jedermann seine Stimme und seine Fähigkeiten tatsächlich zur Geltung bringen

\* Druck von Dr. Eva Schumann, Volksbuchhandlung Lüderitz & Co., Berlin, Rückseite 2.



4.9.19.8.9.8. M. a. l. Die Aktionäre erhielten davon für ihre "aufstrebende" Tätigkeit 7,5 Prozent Dividende. Im Vorjahr betrug die Dividende 26 Prozent. Außerdem wurden 3.300.000 Mark in den Reserve-Geldsack gestopft. Derner wurden 188.943 M. für das kommende Geschäftsjahr vorgelegt. An Kontinenten wurden nicht weniger als 771.664 Mark ausgeschüttet.

Diese riesigen Profite stehen im scharfen Kontrast mit dem Verhalten der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen. Regelmäßig wird dort die Stützung der Betriebe in Aussicht gestellt, wenn die Arbeiter einige Gräben für ihre Arbeit nicht verlangen. Man scheute sich sogar nicht, von Lohnabbaus zu sprechen. Mögen sich die Arbeiter die vorstehenden Bissen ins Gedächtnis prägen und dafür sorgen, daß sie in Zukunft ihren gerechten Anteil von dem Erfolg ihrer Arbeit erhalten. Eine straffe, einheitliche Organisation im Rahmen unseres Verbandes ist über die Vorbedingung.

### Nahrungsmittel-Industrie

Berlin. Die in der Margarine-Industrie Berlins beschäftigten Kolleginnen und Kollegen nahmen in einer am 23. März im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung zu den Klagen, wie sie sich durch die Freigabe der Gewerkschaftsleitung der Margarine herausgebildet haben, Stellung. Kollege Sennfeld gab in einem Referat einen Überblick über die Verhältnisse in der Industrie während und nach dem Kriege. Er schilderte die Widerstände, die sich der Verbreitung der Margarine als Aufzehrmittel von Seiten der Konsumanten entgeggestellt, die erst durch den Krieg besiegt wurden. Dagegen sich die Margarine-Industrie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres und den ersten Monaten des eigenen Jahres zu einer Konjunktur- und Saison-Industrie entwidelt hätte, rägte daher, daß die Beleidigung bei der Freigabe der Margarine nicht immer die richtigen Maßnahmen getroffen hat. Es hätten nicht nur die Berliner Kollegen, sondern auch große Teile der Kollegenschaft im Reiche darunter zu leiden, indem dieseben verkürzt arbeiten müssten. Die Brancheleitung habe versucht, in Hamburg die Frage der Entschädigung der Kurzarbeiter zu regeln, leider konnte eine Einigung nicht herbeigeführt werden. In der Diskussion wolle die Redner mit dem ersten Teil der Ausschreibungen des Kollegen Sennfeld einverstanden und sprachen ihm ihre Anerkennung aus. Mit dem zweiten Teil dagegen waren sie nicht einverstanden und wiesen darauf hin, daß die Klararbeit ungelegen sei, der gesamten in der Margarine-Industrie beschäftigten Kollegen wäre, und darum eine Konferenz der Margarine-Industrie Deutschlands einzuberufen werden müsse. Die Versammlung gab ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß sie trotz berechtigter Kritik fest auf dem Boden der Gewerkschaften steht und nur innerhalb derselben die Verbesserung ihrer Lebenshaltung durchsetzen könnte. Sie lehnte zerstreuende Befähigung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ab.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die am 23. März 1921 im Gewerkschaftshaus zu Berlin versammelten Margarinearbeiter aller Betriebe Berlins befürworten, dem Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes folgende Forderungen zu unterbreiten:

Aus dem Tarif für die Margarine-Industrie ist der auf Seite 4 befindliche Absatz 2, "Stichtag beim Urlaub" betreffend, zu beseitigen, und zwar aus folgenden Gründen: Es würden nach der Fassung alle Kollegen, die nach dem 1. Mai die Arbeit aufgenommen haben, erst nach zweijähriger Tätigkeit ihren ersten Urlaub erhalten. Wir Margarinearbeiter erblicken darin ein Ausnahmerecht, das nur einem Teil der Kollegen zugute kommt. Wir fordern das gleiche Recht für alle Arbeiter, und das kann nur geschehen, wenn der 1. Mai als Stichtag befehligt wird. Wir wollen keinen Stichtag, sondern verlangen, daß jeder Arbeiter, wenn er ein Jahr tätig ist, seinen Urlaub erhalten möge. Ferner wird verlangt, daß eine Konferenz der Margarinearbeiter so bald wie möglich einberufen wird und die Versprechungen der Verhältnisse in der Margarine-Industrie sowie die Kündigung des Lohnabkommen auf die Tagesordnung zu legen sind. Sollte eine Konferenz nicht einberufen werden, beantragen wir Kündigung des Lohnabkommen zum ersten fälligen Termin."

### Verschiedene Industrien

#### Eine Konferenz der Arbeiterschaft der Lumpensortieranstalten Badens und der Rheinpfalz

Ende am 30. März in Mannheim statt, um zu der örtlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu nehmern. Entsprechend der Beschäftigungszahl waren in der Weichheit Kolleginnen anwesend.

Kollege Schreiber schärferte die unschönen Verhältnisse im allgemeinen und die der Lumpensortieranstalten. Die tatsächliche Regelung (Rheinh. oder Bezirkstarife) sei nicht in dem Umfang durchgeführt wie es den übrigen Industrien. Es bestehen nur in Großherrenbetrieben Firmenfeste, in diesen Kleinbetrieben ist man dazu noch so frei geworden. Bei einem Jahr ist für die Lumpensortieranstalten Badens ein Bezirkstarif durch unsere Organisation mit dem Arbeitgeberverband der Lumpensortieranstalten Badens gegeben, das heißt auch ein Lohnabkommen besteht angeknüpft. Die allgemeinen Bestimmungen über die Regelung der Lohnverhältnisse sind in einem Diagrammatz festgelegt. Die Lohnsätze sind in 4 Gruppen eingeteilt und stehen wie in der anderen den Lohnen der übrigen Industrien zurücks. Das von jedem der Organisationen gegeben wurde, die Lohnsätze denen der übrigen Industrien anzugeben. Von den Kollegen unten und Kollegen oben erkannt. In der Aussprache brachten alle Männer zum Ausdruck, daß die derzeitigen Löhne ungerecht sind, um so mehr, weil jetzt in vielen Betrieben verfügt geschieht. Wenn auch die allgemeinen in regionalen Verhältnissen berücksichtigt werden müssen, so sei eine Lohnverhöhung trotzdem unumgänglich notwendig. Nach reicher Aussprache wurde beschlossen, eine 10prozentige Lohnverhöhung zu fordern, und sie soll und ganz zur Durchsetzung zu bringen.

Einem breiten Raum nahm die Aussprache unter den Kolleginnen her, der Aktionärsbeiträge der Sortieranstalten zu. Die Beschiedenartigkeit des Aktionärs, sowie des Vorstandes, aber auch die verschiedenen Systeme der Vergütung seien sehr schwer, eine einheitliche Regelung schwierig, sowohl diese im Interesse der Kolleginnen gelegen wäre. Sei doch in den Betrieben, die unter dem oben erwähnten Bezirkstarif fallen, in die Einführung der Aktionärsförderung verschieden. In diesem Beitrag ist die Bestimmung enthalten, daß bei normaler Leistung 15 Prozent über den Stundenlohn verdient werden kann. Dieser Satz wird häufig nicht erreicht. Aus Beobachtung bei der Aktionärsförderung kann es um eingeschränkte Vergütung der Sortieranstalten geheben. Die Kolleginnen aber behaupten, daß dieser Satz heute ein derartiges, daß es jetzt eine gewisse und kein Aktionärsförderung schwer ist, ihren Aktionärsförderung zu erhalten. Dazu kommt noch, daß in einzelnen Betrieben den Aktionärsförderung zugestanden werden, die eigentlich von Männerberichten werden sollen. Einige kommen Aktionärsförderung ohne Vergütung hinzu, die in dem Sortierer nicht zu tun haben. So müssen z.B. Arbeitsergebnisse die höheren Rollen transportieren, und zwar ebenfalls ohne Vergütung, da die Arbeit in ihrem Aktionärsförderung enthalten ist. Auch in hessischer Hinsicht bleibt gerade in den Kleinstbetrieben viel zu wünschen übrig. Da die Arbeitsergebnisse jetzt erhöht haben, daß die Arbeitsergebnisse nur durch eine geschlossene Organisation bestätigt werden können und sie, wie die Aussprache gezeigt hat, gewillt sind, in der Organisation zu handeln und ist zu hoffen, daß bald alle Sortieranstalten sich der zuständigen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Badens, anschließen werden.

Eine Anregung, daß das örtliche Konferenztagen stattfinden, zu denen auch Kolleginnen delegiert werden sollen, um dort durch Aussprache der Organisationsförderung zur Verbesserung der Lage der Sortieranstalten der Lumpensortieranstalten in die Hand zu geben, wurde allgemein gut gehörten.

Nach einer Rücksichtnahme auf die Abwesenden, wie wir für die Zukunft das Versprechen bewahren und weiter arbeiten wollen, da sie die harmonisch verlaufene Aussprache ihr Ende erzielten.

### Jahresbericht des Gau 4 (Stettin) über 1920.

Der am Schluß unseres letzten Jahresberichtes ausgesprochene Wunsch nach Verbesserung des Arbeitsmarktes hat sich leider nicht ganz erfüllt.

Die Tätigkeit des Gauvorstandes war auch im letzten Jahre eine außerordentlich rege. Sie erstreckt sich auf 12 öffentliche Versammlungen, 130 Mitgliederversammlungen, 16 Betriebsversammlungen, 188 Betriebsversammlungen mit Lohnverhandlungen, 6 Gauvorstandssitzungen, 46 Ortsverwaltungssitzungen, 114 Vertrauensmännerversammlungen mit anderen Organisationen, 1 Haushaltssitzung, 563 Versammlungen bei Lohnverhandlungen, 42 Revisionen, 112 verschiedene Sitzungen. Außerdem haben noch andere Kollegen im Auftrage des Gauvorstandes 111 Versammlungen usw. abgehalten.

Wer die Zahlen richtig beurteilt, wird mit Leichtigkeit feststellen können, daß von einer achtundzwanzigjährigen Arbeitszeit der Gauleiter keine Reden ist, auch von recht wenigen freien Sonntagen. Aber wo so manches Unangenehme in dieser Zeit in Kauf genommen werden muß, achmen wir auch dieses hin.

Posteingänge sind 5266, Postausgänge 12.210 zu verzeichnen.

Folgende Zahlstellen wurden gegründet: Ustrow, Penzlin, Goldberg, Jabelshagen und Duderow. Tarnow wurde uns vom Gau 5 übertragen. Eingegangen ist die Zahlstelle Weisenberg. Ganz a. d. Orte traten wir an den Transportarbeiterverband ab und Straßburg an Gau 3.

Betrifft der Mitgliederbewegung und Beitragsleistung im Jahr 1920 bekommen wir folgendes Bild: 1. Quartal 33.863 Mitglieder, 397.647 Beiträge, 11,85 pro Kopf; 2. Quartal 36.357 Mitglieder, 362.934 Beiträge, 10,34 pro Kopf; 3. Quartal 35.792 Mitglieder, 445.577 Beiträge, 12,47 pro Kopf; 4. Quartal 33.931 Mitglieder, 387.656 Beiträge, 11,02 pro Kopf. Wir hatten also einen Mitgliedszuwachs von 15.766, einen Abgang von 14.539, so daß die eigentliche Zunahme 1.227 Mitglieder beträgt.

Eine günstige Entwicklung kann man das leider nicht nennen. Jedoch, wenn man bedenkt, wie uns unter welchen Verhältnissen nach der Revolution die Mitglieder zu den Gewerkschaften gekommen sind, dann kann man mit den Mitgliedern zufrieden sein. Nicht zufrieden sind wir mit der Beitragsleistung. Diese wäre besser gewesen, wenn man in den einzelnen Ortsverwaltungen mehr auf eine geordnete Beitragsfassierung achtet würde, insbesondere unsere 2. Bevollmächtigten. Dann müssen unsere Pflichtstatter für eine geordnete und gewissermaßen Beitragsfassierung sorgen.

Die reinen Einnahmen für die Hauptstelle betragen für das Berichtsjahr 944.143,96 M. Für Gewerkschaften wurden verausgabt 341.114,78 Mark. Diese Zahlen reden eine bereite Sprache für die zunehmende Arbeitslosigkeit, auch in unserem Bezirk. Die Volksklassenbefände betragen am Ende des Jahres 1920 286.345,07 M. Der Bestand der Volksklassen hat sich gegen das 1. Quartal 1920 fast um 10 Prozent vermehrt. Diese Vermehrung ist mit uns ungünstigen Ermahnungen zurückzuführen, an eine Erhöhung ihrer Volksklassenbefände zu denken, nämlich höhere Extraentgelte zu erheben. Gemeinden an unserer Mitgliederversammlung vom 4. Quartal waren nicht ganz 9 M. pro Mitglied Kostenbestand vorhanden. Das muß aber noch besser werden.

Wir hatten 57 Lohnverhandlungen, welche in den meisten Fällen ohne ernsthaften Kampf erledigt wurden. In den Orten Laubanburg, Falderburg, Udermünde, Neuklettin, Barigkoss, Sölp, Greifenberg, Hatznitz, Füllenberg, Fiddicow, Stralendorf und Bismarck trafen wir mit Zustimmung des Gauvorstandes Streiks, welche alle mit Erfolg endeten. In den meisten Fällen handelte es sich um Kämpfe, wo die Unterkämmer die Sprache der Schlichtungsausschüsse nicht anerkannten wollten, besonders in Pommern, trotzdem diese in den meisten Fällen ein allzu günstiges Urteil für die Arbeiter füllten. Aber in Pommern füllt die Reaktion wieder im Sattel.

In Mecklenburg war es der Arbeitgeberverband für gemischte Betriebe für beide Mecklenburgs, der beständig rückwärts wollte. Der Herr Sekretär Mörsch half hierbei getrennt m.t. In einer Zeit, wo die Preise für alle Bedarfsgüter noch lebhaft anstiegen, töriert der genannte Herr uns ständig, wenn wir Lohnforderungen einreichen: "Ihre Forderungen haben wir ergraut. Unsere Mitglieder sind nicht in der Lage mehr zu bewilligen; aber an einer Verhandlungstafel können wir uns tatsächlich treffen." Da wir aber durchaus keine Lust vertrüben, uns über schönes Weiter zu unterhalten, so waren wir stets gezwungen, die Schlichtungsausschüsse anzuwünschen. So waren wir gezwungen, einmal die Schlichtungsausschüsse anzurufen und hier und dort mit Streiks nachzutun. Kamen in Mecklenburg die Staatskasse für Mobilisierung unserer Anträge auf Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüfung ziemlich restlos nach, so war es in Pommern wieder umgekehrt, so daß unsere Kollegen streiken mußten. Im vergangenen Jahr haben wir schon Klage darüber geführt, daß bei uns die Schlichtungsausschüsse so langsam arbeiten. Im Jahre 1920 war es bereits so schlimm, daß eine Konferenz der Gauleiter sich mit diesen Dingen beschäftigte.

Die Anzahl der abgeschlossenen Verträge sind in diesem Jahrzehnt geworden, so daß die lokalen Arbeitgeberverbände gleich für alle Betriebe am Ort abschließen. Bezirkstarifverträge hatten wir für folgende Industrien: Papier, Seife, Chemie, Öl, Zucker und Zigarettenindustrie für Mecklenburg gemeinsam mit Hamburg. Es gelang uns nicht, in Pommern für die Zigarettenindustrie zw. Bezirkstarifverträge abzuschließen. Auch an beiden der Zeit! Der Verteilung der Bezirkstarifverträge wird jetzt mehr und mehr von uns den Kollegen anerkannt.

Für 58.707 Lohnverhandlungen, welche in den meisten Fällen ohne einschlägige Anstrengungen erledigt wurden. Das ist aber noch kein vollständiges Bild der von uns erreichten Lohnverhöungen, denn unsere Bevollmächtigten verzagen vollständig mit der Berichterstattung. Auf diesem Gebiet muß es anders werden!

In der Nähe von Kassel mussten unsere Kolleginnen für die Arbeit eines Betriebes (2 Jahre nach der Revolution) noch einen Abstandstagefordern. So etwas kommt natürlich nur in Pommern vor!

Unsere Kolleginnen waren nicht immer zufrieden mit der Lohnverhöhung, aber auch wir nicht; denn in den gelebten Ländern Mecklenburg und Pommern waren die Preise für Lebensmittel und Genussmittel (abzel. hoch) vom Westen genau so hoch, wie in anderen Gegenden Deutschlands. Wenn wir nicht mehr erreichten, so waren die Verhältnisse eben härter als wir.

Kolleginnen und Kolleginnen von Bremen und Mecklenburg! Unserallem macht sich die Reaktion breit. Holte nicht nur selbst fest an der Organisation, sondern weitet auch neue Kämpfer ein, um die Organisation für die kommenden Kämpfe zu stärken. Wir werden ihnen nicht aus dem Wege gehen können, und da soll man uns gerüstet finden!

### Zahlstellenleiter-Konferenz des Gau 15 (Sitz Hamburg).

Am Sonntag, dem 18. März, tagte im Gewerkschaftshaus zu Hamburg eine Zahlstellenleiterkonferenz mit nachstehender Tagesordnung:

1. Wahl der Konferenzleitung und Eröffnung der Konferenzversammlung.
2. Das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß nach den Verordnungen vom 29. 12. 1918 und 12. 2. 1920 in Verbindung mit dem Betriebsrätegesetz. Referent: Kollege Adler (Hessen).
3. Unsere Tarifpolitik. Referent: Kollege Börger (Hannover).
4. Ergänzungswahl des Beirates zum Gauvorstand.
5. Abstimmung.

Vertreten waren 44 Zahlstellen mit 70 Delegierten; außerdem waren anwesend drei Bevölkerungsvertreter des Gauvorstandes sowie ein Vertreter vom Hauptvorstand.

Nach Eröffnung des 1. Punktes der Tagesordnung erließ Kollege Börger dem Kollegen Adler (Hannover) das Wort zu seinem ersten Punkt 2 näher bezeichneten Beirat.

Kollege Adler gibt zunächst einen geschichtlichen Überblick des neuen Arbeitgebergesetzes im allgemeinen, um wiederum in ausführlicher Weise auf das Schlichtungsgesetz sowie auf das Betriebsrätegesetz zu beziehen.

In seinem grila zweifelndigen Referat entwarf Kollege Adler in ebenso interessanter wie schildernder Weise ein Bild des derzeitigen Verfahrens vor den Schlichtungsausschüssen, dem er im Anschluß daran eine Erklärung der Verordnungen vom 12. 2. 1920 und 11. 9. 1920 folgen ließ. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterzieht der Referent an der handreichbaren Materialien die Sprachpraxis der Schlichtungsausschüsse einer kritischen Betrachtung und schlägt mit dem Appell an die Anwesenden, sich das Studium des neuen Arbeitgebergesetzes ganz besonders angelegen zu halten, da die genaue Kenntnis dieser Materialien für die Förderung unserer wirtschaftlichen Ziele von außerordentlicher Bedeutung sei.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung schilderte Kollege Börger den Verlauf der vorjährigen Tarifbewegung. Redner führt u. a. aus, daß mit der zunehmenden Erhöhung der Machtposition der Unternehmer diese dem Abschluß von Kollektivverträgen immer größeren Widerstand entgegensetzen. Die Absicht der Arbeitgeber ziele dahin, das freie Spiel der Kräfte auch auf dieses Gebiet zu übertragen. Was erwartet wird ist der individuelle Arbeitsvertrag, der den Unternehmern ermöglichen soll, Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Ausbildung der Gewerkschaften, nach ihrem Ermessen, festzulegen. Aus dieser Ursache erklärt sich auch die oft beobachtete ablehnende Haltung der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitsgemeinschaften.

Mit letzteren beschäftigte sich Redner abseits in eingehender Weise und führt zur Illustration seiner Erfahrungen die Erfüllung an, die auf Grund unserer Mitarbeit in der Reichsarbeiterschaft (Dreieck u. B.) für die Arbeiterschaft dieser Industrie erzielt worden sind.

Um Gehaltszuwachs zu erreichen, haben andere Organisationen gewaltige Lohnkämpfe führen müssen, deren Ergebnisse oft im ungelehrten Verhältnis zu den hierfür aufgewandten Mitteln standen.

Unsere Aufgabe sollte sein, allen Widerständen zum Trotz, den Tarifgedanken zum Siege zu verhelfen.

Der 4. Punkt der Tagesordnung findet seine Erledigung durch die Wahl der Kollegen Büntemeyer (Bremen) und Kunz (Kiel) in den Gaubeirat sowie die Wahl der Kollegen Krause (Brunsbüttelborg), Dreier (Eimsbüttel), Goeken (Stade) und Staben (Weser) als Zusätzliche.

Unter Punkt 5 referierte Kollege Schäfer über die Ergebnisse der Wahl der Bezirke Bremen und Kiel (Bremen) und Kunz (Kiel) in den Gaubeirat sowie die Wahl der Kollegen Krause (Brunsbüttelborg), Dreier (Eimsbüttel), Goeken (Stade) und Staben (Weser) als Zusätzliche.

Kollege Paul wendet sich in kurzen Ansprechungen gegen die gewerkschaftsfremden Bestrebungen der Mosauer Internationale und empfiehlt den Anwesenden, derartige destruktiven Tendenzen mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Nach einem kurzen Schlussswort des Kollegen Börger wird die Konferenz geschlossen. apl.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. In einer bis jetzt gut besuchten Mitgliederversammlung im großen Saale des Edelweisspalastes (Dresden), referierte am Montag, dem 21. März, Genosse Brandes (Brandenburg) über das Thema: "Wiederstand oder Moskau?"

Da laut Bericht ungabsichtlich zu allen Vorträgen und Versammlungen unserer Gewerkschaft nur Brot mit gegen Verteilung des Mitgliedsbeitrages gefüllt ist, mugten leider viele Kollegen und Kolleginnen, welche diesen Geweis auf den Einladungen nicht beachtet hatten, zurückgewiesen werden. Sollen unsere Mitgliederversammlungen nicht zum Zumeeting von Leuten werden, welche kein Recht zum Besuch derjenigen haben, mag auch in Zukunft an diesem Beispiel festgehalten werden.

In ausdrucksstarken Ausschreibungen entrollte Genosse Brandes ein Brot hierfür für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen brennenden Tagessfrage "Wiederstand oder Moskau". Unter Hinweis auf die Wichtigkeit internationaler Gewerkschaftsarbeit läßt er etwa folgendes aus:

Wie war die Einigkeit des Proletariats notwendiger als heute, wo der Kapitalismus sich durch beispiellose Konzentration an einem Machtfaktor erwidert hat, den zu überwinden nur ein einiges Proletariat ausreiste ist. Beiderseit war die Kampfesfront der Arbeiterschaft nie verzweifter als heute, sonst wäre eine derartige Erhöhung unseres gemeinsamen Feindes überhaupt nicht möglich gewesen.

Der Schmutz, welcher von kommunistischer Seite auf Diktat von Moskau, wo die Gewerkschaften und ihre Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften der Bourgeoisie konzentriert waren, durch beispiellose Konzentration an einem Machtfaktor erwidert hat, den zu überwinden nur ein einiges Proletariat ausreiste ist. Beiderseit war die Kampfesfront der Arbeiterschaft nie verzweifter als heute, sonst wäre eine derartige Erhöhung unseres gemeinsamen Feindes überhaupt nicht möglich gewesen.

Die plärrige So

